

## **Verband Reale Bildung (VRB) fordert Ausweitung des Bildungsetats**

Mit dem Jahr 2024 verbindet der VRB die Erwartung, dass die Landesregierung den Fokus stärker auf die Realschule plus richtet und ihre schulpolitische Verantwortung gegenüber dieser Schulart deutlicher als in der Vergangenheit erkennbar werden lässt. „Die Realschule plus hat infolge gestiegener Ansprüche, die nicht nur im Zusammenhang mit den Herausforderungen der aktuellen Krisen und Konflikte stehen, ihre Belastungsgrenze längst erreicht“, erklärt Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler auf einer Klausurtagung des VRB am 4. und 5. Januar in Koblenz. Der VRB sieht daher einen dringenden Handlungsbedarf auf zahlreichen Feldern der Schulpolitik. Die Ergebnisse einer aktuellen VRB-Lehrkräfte-Umfrage bestätigen die Forderungen.

### **1. Verbesserung der Unterrichtsversorgung und der schulischen Rahmenbedingungen**

Seit längerem zeichnet sich ein erhöhter Lehrkräftebedarf ab. Der VRB vermisst vor diesem Hintergrund eine vorausschauende und zukunftsichernde Einstellungspolitik.

### **2. Steigerung der Attraktivität von Studium und Lehrerausbildung für die Realschule plus**

Die Landesregierung muss rückläufigen Zahlen der Studierenden für das Lehramt an Realschulen plus offensiv entgegenwirken. Dazu bedarf es überzeugender Anreize, die sich in einer dringend notwendigen Verbesserung der personellen und sächlichen Rahmenbedingungen an den Realschulen plus widerspiegeln müssen.

### **3. Ausweitung der äußeren Differenzierungsangebote und individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler**

Der VRB fordert aufgrund der großen Heterogenität der Schülerschaft eine stärkere äußere Differenzierung des Unterrichts mit dem Ziel, die Chancen einer individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

### **4. Abbau der ständig steigenden Arbeitsbelastungen**

Die Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte an den Realschulen plus steigen ständig. Zu der hohen Unterrichtsverpflichtung kommen die außerunterrichtlichen Aufgaben, die in erheblichem Umfang zugenommen haben. Der VRB erinnert den Dienstherrn an seine Fürsorgepflicht und fordert ihn auf zu gewährleisten, dass die physische und psychische Gesundheit der Lehrkräfte nicht gefährdet wird.

### **5. Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen durch Bürokratieabbau und Unterstützungskräfte**

Lehrkräfte und Schulleitungen übernehmen zunehmend Verwaltungsaufgaben, wodurch wertvolle Zeitkapazitäten für die Wahrnehmung der eigentlichen Funktionen verlorengehen. Der VRB fordert seit langem den Ausbau der Schulsozialarbeit, die Einstellung von Schulgesundheitsfachkräften sowie die Bereitstellung zusätzlicher Schulpsychologen. Und einen funktionierenden IT-Support.

**Der VRB fordert eine Ausweitung des Bildungsetats. Sie soll zielgerichtet dazu beitragen, die Rahmenbedingungen an den Realschulen plus zu verbessern. „Wertschätzung muss sich auch im Haushalt widerspiegeln“, so der politische Appell von Timo Lichtenthäler.**